

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 23. Januar 1985
am Donnerstag, dem 24. Januar 1985

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amling (SPD)	60, 61	Menzel (SPD)	17, 18
Antretter (SPD)	24, 25	Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	47
Austermann (CDU/CSU)	19, 35	Frau Nickels (DIE GRÜNEN)	50, 51
Bernrath (SPD)	39	Pfuhl (SPD)	44
Büchler (Hof) (SPD)	13, 14	Frau Reetz (DIE GRÜNEN)	1, 2
Conradi (SPD)	34	Reimann (SPD)	66, 67
Duve (SPD)	62, 63	Dr. Scheer (SPD)	20, 21
Dr. Ehmke (Ettlingen) (DIE GRÜNEN)	71, 72	Schlagla (SPD)	11, 12
Eigen (CDU/CSU)	75, 76	Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	28, 29
Dr. Enders (SPD)	42, 43	Schneider (Berlin) (DIE GRÜNEN)	65
Heimann (SPD)	9, 10	Dr. Sperling (SPD)	5, 6
Hiller (Lübeck) (SPD)	7, 8	Dr. Spöri (SPD)	22, 23
Hinsken (CDU/CSU)	77, 78	Stiegler (SPD)	3, 52
Hoffie (FDP)	69, 70	Stratmann (DIE GRÜNEN)	53, 68
Hornung (CDU/CSU)	36, 37	Stutzer (CDU/CSU)	38, 64
Dr. Hupka (CDU/CSU)	56, 57	Tillmann (CDU/CSU)	45, 46
Jagoda (CDU/CSU)	4	Toetemeyer (SPD)	40
Jungmann (SPD)	30, 31	Weiß (CDU/CSU)	48, 49
Kißlinger (SPD)	73, 74	Dr. Weng (FDP)	41
Dr. Klejdzinski (SPD)	32, 33	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	58, 59
Klose (SPD)	54, 55	Würtz (SPD)	26, 27
Löffler (SPD)	15, 16		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	11
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	13

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
das Post- und Fernmeldewesen**

1. Abgeordnete
**Frau
Reetz**
(DIE GRÜNEN) Wie beurteilt die Bundesregierung juristische Bedenken gegen den neuen Service der Deutschen Bundespost, Rabattkarten an den Postschaltern gegen bar einzutauschen, und wie beurteilt sie Befürchtungen, dieser Dienst könne die Ansprüche der Postkunden auf gleichberechtigte, schnelle Abfertigung ihrer eigentlichen postalischen Wünsche beeinträchtigen?
2. Abgeordnete
**Frau
Reetz**
(DIE GRÜNEN) Für welche Kunden außer dem Waschmittelkonzern Procter & Gamble wird dieser Service zu welchem Preis übernommen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

3. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Sind die Zusagen der Beauftragten der Ministerpräsidenten der Bundesländer, insgesamt etwa 15 000 bis 20 000 vollzeitschulische Ausbildungsmaßnahmen mit Kammer- und Schulprüfungen bereitzustellen, inzwischen erfüllt, und welche Ausbildungsplätze sind in den einzelnen Bundesländern auf Grund dieser Zusage bereitgestellt worden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

4. Abgeordneter
Jagoda
(CDU/CSU) Wie hat die Bundesregierung das Ankara-Abkommen von 1972 eingehalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

5. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das in Grundeigentum angelegte Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland nicht angemessen besteuert wird, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
6. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode ergreifen, um die Besteuerung von Immobilien und Grund und Boden zu ändern bzw. stärker an die Verkehrswerte anzupassen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

- | | |
|--|---|
| 7. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD) | Wann wurde die Bundesregierung von der DDR über die durch die Erweiterung des Küstenmeeres der DDR verursachte neue Regelung des „Aufenthaltes ausländischer Wasserfahrzeuge“ informiert, und wann hat sie ihrerseits die Betroffenen in der Bundesrepublik Deutschland (z. B. Fischer, Zoll und Bundesgrenzschutz) davon in Kenntnis gesetzt? |
| 8. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD) | Welche Auswirkungen hat die Ausweitung der Territorialgewässer der DDR für die Fischer bei Tonne 4 in bezug auf ihre Fänge und ihre Sicherheit? |
| 9. Abgeordneter
Heimann
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, über alle Grenzfragen – also auch die Elbe und Nordsee betreffend – mit der DDR zu verhandeln, wenn dadurch Vorteile für die Fischer aus der Bundesrepublik Deutschland erzielt werden können? |
| 10. Abgeordneter
Heimann
(SPD) | Worauf gründet sich die Hoffnung des Parlamentarischen Staatssekretärs Gallus, man werde in der Fischereifrage mit der DDR weiterkommen? |
| 11. Abgeordneter
Schlaga
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, die Fischer für die Nachteile durch die neue Regelung in der Ostsee zu entschädigen? |
| 12. Abgeordneter
Schlaga
(SPD) | Kann die Bundesregierung ausschließen, daß auf dem Lübeck-Gedser-Schiffahrtsweg, der sehr nahe an der neuen Grenze des DDR-Küstenmeeres vorbeiführt (oder gar von dieser berührt wird), Fährten und Reisende von DDR-Behörden kontrolliert werden? |
| 13. Abgeordneter
Büchler
(Hof)
(SPD) | Was bedeutet die neue Grenzlinie für den Bundesgrenzschutz? |
| 14. Abgeordneter
Büchler
(Hof)
(SPD) | Ist es völkerrechtlich möglich, daß die DDR zu einem späteren Zeitpunkt auch die sogenannte „Kadet-Rinne“ zu ihrem Hoheitsgebiet erklärt und sie so für die Bundesmarine sperrt? |
| 15. Abgeordneter
Löffler
(SPD) | Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, daß die „inoffizielle, informelle Stellungnahme der DDR, . . . daß die Ergebnisse, die die Grenzkommission für die Lübecker Bucht ausgearbeitet hat, von der Neuordnung nicht betroffen würden“ (FAZ vom 3. Januar 1985) zu einer rechtsverbindlichen Vereinbarung wird, die für alle Betroffenen Rechtssicherheit herstellt? |

16. Abgeordneter
Löffler
(SPD)
- Hat die Bundesregierung versäumt, in ihren bisherigen Gesprächen mit der DDR die Frage der Hoheitsgewässer der DDR ihrerseits anzusprechen, und war sie dabei bereit, auf den von der DDR so gesehenen Zusammenhang dieser Frage mit der Elbe-Grenze einzugehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

17. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für gerechtfertigt und steht es mit dem Ziel einer gleichmäßigen Entwicklung der Einkommen von Rentnern und Aktiven im Einklang, wenn die Renten nur um etwa 1 v. H. erhöht werden, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um real Einkommensverluste der Rentner bei derart minimaler Erhöhung der Renten, aber bei Preissteigerungen von 2 v. H. bis 3 v. H. zu vermeiden?
18. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die zusätzliche Belastung für die Kommunen, die durch die derart geringfügige Rentenerhöhung entsteht, weil die Kommunen die durch die Renteneinkommen nicht gedeckten Pflegekosten für Heimsassen tragen müssen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um solche Belastungen für die Kommunen abzuwenden?
19. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Ausweitungen der Ladenschlußzeiten nachteilige Wirkungen für mittelständische Betriebe im ländlichen Raum zur Folge hätten und die Konzentration auf Supermarktketten verstärken würden und deshalb nicht erstrebenswert sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

20. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD)
- Welche Ursachen führten zu dem Unfall mit der Pershing II-Rakete im Raum Heilbronn, bei dem drei amerikanische Soldaten getötet sowie mehrere schwer verletzt worden sind, und was hat die Bundesregierung bisher zum Schutz unserer Bevölkerung unternommen bzw. was wird sie unternehmen?
21. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die Annahme ausschließen, daß dieses Waffensystem noch nicht die volle Gebrauchsreife erlangt hat und in Verbindung mit dem Brand einer Raketenstufe der Pershing II ein ungewollter Startvorgang möglich ist, oder bestätigt der Unfall von Heilbronn bereits früher von der SPD geäußerte Bedenken, daß dieses Waffensystem trotz unbefriedigender Tests überhastet eingeführt wurde?

- | | |
|---|---|
| 22. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) | Welche Gefahren hätten bei dem Raketenunfall mit einer Pershing II auf der „Waldheide“ in Heilbronn bestanden, wenn die Rakete mit einem konventionellen oder atomaren Sprengkopf ausgestattet gewesen wäre, bzw. wenn sich dieser Unfall beim Transport auf der Heilbronner Markung ereignet hätte? |
| 23. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) | Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung in Abstimmung mit den US-Streitkräften im Rahmen der NATO-Partnerschaft aus dem Brand einer Pershing II-Rakete auf der „Waldheide“ in Heilbronn, um eine Gefährdung der Zivilbevölkerung durch weitere Unfälle mit Pershing-Raketen bzw. einen ungewollten Raketenstart als Folge eines Defekts zu vermeiden? |
| 24. Abgeordneter
Antretter
(SPD) | Sind im Hinblick auf mögliche Unfälle Pershing II-Standorte in oder unmittelbar in der Nähe von größeren Städten sicherheitstechnisch vertretbar? |
| 25. Abgeordneter
Antretter
(SPD) | Kann bei Raketenunfällen mit der Pershing-Rakete Radioaktivität freigesetzt werden? |
| 26. Abgeordneter
Würtz
(SPD) | Beabsichtigt der Bundesminister der Verteidigung, eine generelle Dienstzeitregelung für die Soldaten im Jahr 1985 einzuführen? |
| 27. Abgeordneter
Würtz
(SPD) | Welche konkreten Hilfen sind für die von häufigen Versetzungen betroffenen Soldatenfamilien 1985 geplant? |
| 28. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) | Welches Ergebnis haben die Verhandlungen der Bundesregierung mit den US-Stellen über alternative Standorte für die Hubschrauberstationierung in Wiesbaden-Erbenheim gebracht, und teilt die Bundesregierung die Auffassung der von der Stationierung betroffenen Bevölkerung und ihrer kommunalen Vertreter, daß die Belastungen aus der Reaktivierung von Wiesbaden-Erbenheim für Wiesbaden und Mainz unzumutbar sind? |
| 29. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) | Liegen Ergebnisse des Mitte 1984 begonnenen Probetriebes vor, in dem die sich aus dem Flugbetrieb in Wiesbaden-Erbenheim ergebenden Beeinträchtigungen des zivilen Luftverkehrs des Rhein-Main-Flughafens ermittelt werden sollen? |
| 30. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) | Ist eine Pressemeldung vom 15. Januar 1985 zutreffend, nach der die Dokumentation „Diskussionen und Feststellungen des Deutschen Bundestages in Sachen Kießling“ („Zur Sache“ 2/84) der Bundeswehr durch das Bundesministerium der Verteidigung nur in 100 Exemplaren zugänglich gemacht worden ist/werden soll? |

31. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Warum richtet sich die Bundesregierung nicht nach dem Vorwort des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, soweit es darin heißt: „Mit der vorliegenden Broschüre sollen über die bisherigen Veröffentlichungen der Medien hinaus sowohl der Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses als auch die parlamentarische Abschlußberatung des Deutschen Bundestages vom 28. Juni 1984 der breiten Öffentlichkeit und auch den Soldaten der Bundeswehr in ihrem Wortlaut vollständig zugänglich gemacht werden.“?
32. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Welches ist der Grund dafür, daß die Dokumentation „Zur Sache“ 2/84 durch das Bundesministerium der Verteidigung nur in 100 Exemplaren an die Bundeswehr verteilt worden ist bzw. verteilt werden soll?
33. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist es auszuschließen, daß die Feststellungen des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Abgeordneter Biehle, im Vorwort der Dokumentation „Der Fall Dr. Kießling begann mit Gerüchten und Unterstellungen. Er ging in Karrieredenken und mangelndes Verantwortungsbewußtsein einiger Offiziere und Beamter über. Seine ersten, aber gravierenden Höhepunkte hatte er in falschen Berichten des MAD mit großer Täuschung der politischen und militärischen Leitung. Die Untersuchungen vermittelten ein fragwürdiges Persönlichkeitsbild einzelner Beteiligter. An Peinlichkeiten war oftmals nichts mehr zu überbieten. Allen Fraktionen ist daher zu danken, daß es trotzdem nicht zu einer Pauschalverurteilung der Bundeswehr und des gesamten MAD kam.“ durch die Aktion der Bundesregierung der breiten Öffentlichkeit und den Soldaten der Bundeswehr ein Jahr nach Beginn der Affäre Dr. Wörner/Dr. Kießling vorenthalten werden sollten?
34. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Sind der Bundesregierung wiederholte öffentliche Äußerungen der Mütter von Wehrpflichtigen bekannt, sie hätten an Wochenenden die Wäsche ihrer bei der Bundeswehr dienenden Söhne zu waschen, und ist die Schlußfolgerung gerechtfertigt, daß die Bundeswehr nicht in der Lage ist, die Wäsche der Wehrpflichtigen jede Woche ordnungsgemäß zu waschen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie und Gesundheit**

35. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Ist die aktuelle Diskussion in Großbritannien zum Thema „Leihmütter“ für die Bundesregierung Veranlassung, meine Fragen vom 10. Juni 1983 (Plenarprotokoll 10/12, Seite 679) mit dem Inhalt „Teilt die Bundesregierung die Auffas-

sung, daß Verträge über Leihmütterschaften, aber auch Gen-Manipulationen und sonstige Eingriffe in das werdende Leben, mit dem Grundgesetz, insbesondere dem Recht der Menschenwürde und dem christlichen Sittengesetz, nicht vereinbar sind?" zu ergänzen oder anders zu beantworten?

36. Abgeordneter
Hornung
(CDU/CSU)

Wie wird die Bundesregierung das Verbot von Hormonverfütterung in der EG durchsetzen, und ist die Bundesregierung der Meinung, daß dieses Verbot sowohl für die Gesundheit unserer Bevölkerung als auch für den Wettbewerb innerhalb der EG von besonderer Bedeutung ist?

37. Abgeordneter
Hornung
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, ein Importverbot für Schlachttiere, die mit Hormonen behandelt wurden, zu erlassen, da eine Rückstandsuntersuchung als Schutz für den deutschen Verbraucher sicher nicht ausreicht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

38. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung das Sicherheitsrisiko runderneuerter Reifen, die nicht nach RAL runderneuert wurden, für verantwortlich, wenn nein, wie kann sichergestellt werden, daß runderneuerte Reifen kein Sicherheitsproblem darstellen?

39. Abgeordneter
Bernrath
(SPD)

Wird die Bundesregierung die Deutsche Bundesbahn veranlassen, vor einer Entscheidung über den künftigen Bestand der Bahnstrecke 472, Düsseldorf—Neuss—Kaarst, diese Strecke mit einem bedarfsgerechten Fahrplan zu bedienen, um auf diese Weise die tatsächliche Fahrgastfrequenz und damit die Wirtschaftlichkeit der Strecke besser beurteilen zu können?

40. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)

Hält die Bundesregierung es für einen normalen Vorgang, daß der Brief eines Bundestagsabgeordneten vom 22. Februar 1984 an den Hauptvorstand der Deutschen Bundesbahn nach elf Monaten noch keine Beantwortung gefunden hat?

41. Abgeordneter
Dr. Weng
(FDP)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß sich das Geschäft aus dem Verkauf von verbilligten Jugendfahrkarten (BIGE) von privaten Reiseunternehmen auf solche, die im Besitz der Deutschen Bundesbahn (DB) stehen, verlagert hat, daß die DB insoweit ihre Tätigkeit mittelbar ausgedehnt hat, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Entwicklung wieder rückgängig zu machen?

42. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn den Personenverkehr auf der Strecke Kassel—Eschwege einstellen wird, und was gedenkt sie zu tun, um diese für das strukturschwache Zonenrandgebiet schädliche Maßnahme und den damit verbundenen Verlust von Arbeitsplätzen abzuwenden?
43. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn den Knotenpunktbahnhof Melsungen auflösen will, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese für das strukturschwache Zonenrandgebiet schädliche Maßnahme und den damit verbundenen Verlust von Arbeitsplätzen abzuwenden?
44. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Gibt es seitens der Bundesregierung Vorstellungen über eine gesetzliche Regelung für spezielle Sicherungseinrichtungen (z. B. Gurte) beim Schülertransport, wenn ja, welche?
45. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Bundesautobahn A 46 Hagen—Arnsberg—Meschede mit Weiterführung bis Brilon nur durch Schließung der Lücke zwischen Hemer und Neheim-Hüsten ihre Funktionen zur Anbindung des Hochsauerlandes an das Oberzentrum Hagen und zur Verknüpfung der Wirtschaftsräume des Hochsauerlandkreises einerseits und des Märkischen Kreises und der Stadt Hagen andererseits übernehmen kann?
46. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß mit der Herstellung der Autobahn-Verbindung im Zuge der A 46 Arnsberg—Hagen eine wesentliche Entlastung der Ortsdurchfahrten des vorhandenen klassifizierten Straßennetzes der Region, insbesondere auch im Bereich der Städte Arnsberg-Sundern, vom Durchgangsverkehr sich ergeben würde und damit ein erheblicher Beitrag zur Verbesserung der durch den starken Verkehr beeinträchtigten Lebensverhältnisse der in diesen Ortschaften wohnenden Bürger geleistet werden kann?
47. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Regierungspräsident in Köln den geplanten Ausbau der Bundesautobahn A 4 auf sechs Fahrspuren zwischen Frechen und Kerpen zu verhindern sucht und anregt, die freierwerdenden Mittel für den S-Bahn-Bau im Raum Köln einzusetzen, und wenn ja, bleibt die Bundesregierung bei ihren bisherigen Planungen in diesem Bereich?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

48. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Untersuchungen aus den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan bekannt (siehe Hinweis in der FAZ, 7. Januar 1985, Nr. 5, Seite 9), wonach ein Katalysator nach dem Start in der Anlaufphase mehr Schadstoffe in Form von Schwefeldioxid, Schwefelsäure, Schwefelwasserstoff, Ammoniak und Blausäure ausstoße als ein konventionell ausgerüsteter Motor, und wenn ja, wie bewertet sie die Ergebnisse dieser Untersuchungen?
49. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Aussagen der angesprochenen Untersuchungen, wonach der gesteigerte Schadstoffausstoß solange anhalte bis eine Betriebstemperatur von 300 ° Celsius erreicht sei und diese Anlaufphase je nach Außentemperatur, Fahrverhalten und Alter des Katalysators bis zu 20 Minuten betragen könne?
50. Abgeordnete
Frau Nickels
(DIE GRÜNEN)
- Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, daß Brasilien am 21. November 1984 eine zweistufige SONDA IV-Rakete mit einer Reichweite von 1000 Kilometer startete, wie es in der Zeitschrift „Soldat und Technik“, Januar 1985, zu lesen ist?
51. Abgeordnete
Frau Nickels
(DIE GRÜNEN)
- Durch welche technischen Maßnahmen wurde aus der Höhenforschungsrakete SONDA IV die ballistische Rakete SONDA IV, und ist die Bundesregierung nach wie vor der Auffassung, daß ihre zivilen Höhenforschungsraketen-Kooperation mit Brasilien nicht militärisch genutzt werden?
52. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung eine Methode der Haaranalyse zur Feststellung von Umweltimmissionen beim Menschen (vgl. die Veröffentlichung der Illustrierten Quick Nr. 2 vom 3. Januar 1985 über Umweltimmissionen in Altenstadt an der Waldnaab) bekannt, und wird sie gegebenenfalls diese Methode mit Hilfe von Modellversuchen ausbauen, wenn sie sie positiv beurteilt?
53. Abgeordneter
Stratmann
(DIE GRÜNEN)
- Welche in der Bundesrepublik Deutschland in Betrieb befindlichen Forschungsreaktoren verwenden hochangereichertes Uran, und innerhalb welchen Zeitraums gedenkt die Bundesregierung diese Forschungsreaktoren auf die Verwendung von niedrig angereichertem Uran (entsprechend der INFCE-Empfehlungen) umstellen zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

54. Abgeordneter
Klose
(SPD)
- Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, den Staatspräsidenten von Paraguay, General Stroessner, den offiziell zu empfangen bisherige Bundesregierungen sich geweigert haben, nach Bonn einzuladen bzw. in Bonn offiziell zu empfangen?
55. Abgeordneter
Klose
(SPD)
- Kann davon ausgegangen werden, daß bei dem vorgesehenen Gespräch zwischen General Stroessner und Bundeskanzler Kohl auch über die innere Lage in Paraguay, vor allem über die ständige Verletzung von elementaren Menschenrechten sowie über die fortgesetzte Vertreibung der ländlichen Bevölkerung durch spekulative Landaufkäufe, an denen sich auch deutsche Aufkäufer beteiligen, gesprochen wird?
56. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Nachrichten bestätigen, denen zufolge die Europäische Gemeinschaft der Regierung von Kambodscha über 200 000 Dollar überweisen will?
57. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Welche Gründe kann die Bundesregierung dafür angeben, daß über 50 v. H. der jetzt in Friedland registrierten Deutschen aus Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße ihrer deutschen Muttersprache nicht mächtig sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

58. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Entscheidung der österreichischen Bundesregierung über die Einführung des unverbleiten Benzins ab Ende 1985 an allen österreichischen Tankstellen und die strengen Abgasvorschriften?
59. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, dem „österreichischen Weg“ zu folgen und innerhalb der EG notfalls im Alleingang eine vergleichbare Vorreiterrolle zu übernehmen?
60. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Kann die Bundesregierung mitteilen, wie oft in welchen Regionen der Bundesrepublik Deutschland in dem von der Bundesregierung beurteilbaren Zeitraum Smogalarm hätte ausgelöst werden müssen, wenn die in Nordrhein-Westfalen jetzt gültigen gesetzlichen Voraussetzungen und Bestimmungen in der gesamten Bundesrepublik Deutschland bereits in Kraft gewesen wären?

61. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob es in anderen Bundesländern Regelungen gibt, die den Regelungen in Nordrhein-Westfalen vergleichbar sind, und wenn ja, in welchen Bundesländern gelten diese Regelungen?
62. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) vom Bundesministerium des Innern beauftragt worden ist, sich gutachterlich zum geplanten „Haus der Geschichte“ zu äußern (vgl. „MUT“, Nr. 209/Januar 1985, Seite 16)?
63. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI), Dr. Schickel, regelmäßig in den Publikationsorganen „MUT“, „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (Grabert Verlag) oder „Deutsche Nationalzeitung“ schreibt oder zitiert wird, d. h. in Zeitungen bzw. Zeitschriften, die vom Bundesminister des Innern im Verfassungsschutzbericht als „rechtsextremistisch“ eingestuft worden sind oder in rechtsextremistischen Verlagen erscheinen (Grabert), und welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

64. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Werden Billig-Reifen in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt und ohne Eignungs- und Sicherheitsprüfung in den Handel gebracht, wenn ja, aus welchen Ländern werden diese Reifen importiert?
65. Abgeordneter
Schneider
(Berlin)
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministers für Wirtschaft näher begründen, wonach die Öffentlichkeit wegen eines angeblichen Schutzes der geschäftlichen Sphäre über die Höhe der Steuermittel nichts erfahren darf, die aus dem Bundeshaushalt für Lieferungen der Firma Sonnenschein (Berlin, Büttingen) an öffentliche Auftraggeber aufgewendet wurden, und kann die Bundesregierung erläutern, welche „grundrechtlichen Positionen“ der Firma in diesem Fall dem Fragerecht eines Abgeordneten entgegenstehen?
66. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung gegen die Kaufverunsicherung im Autohandel im Zusammenhang mit der Einführung von Katalysatorenautos zu tun?
67. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Welche Maßnahmen (z. B. Erfordernis einer Prüfverordnung; TÜV) müssen in diesem Jahr ergriffen werden, um wirtschaftliche Nachteile und vor allem drohende Kurzarbeit infolge von Verkaufseinbußen zu verhindern?

68. Abgeordneter
Stratmann
(DIE GRÜNEN)
- Welcher Staat wird nach Kenntnis der Bundesregierung die Firma NUKEM (Hessen) mit den beantragten sechs Tonnen hochangereicherten Urans (HEU) beliefern, nachdem die USA erklärt haben, HEU nur noch in Mengen ausführen zu lassen, die innerhalb einer Zweijahresfrist verbraucht werden (siehe Nuclear Fuel vom 26. November 1984)?
69. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Aus welchen Gründen ist der von der FDP vorgebrachte Vorschlag des Verbots des Verkaufs von verbleitem Normalbenzin zwecks schneller Einrichtung eines flächendeckenden Angebots bleifreien Benzins (sogenanntes „Drei Säulen Modell“) bei Verhandlungen mit den EG-Partnern gescheitert?
70. Abgeordneter
Hoffie
(FDP)
- Welche Chancen sieht die Bundesregierung, diesen Vorschlag doch noch durchzusetzen, nachdem jetzt auch Österreich dem Beispiel der Schweiz gefolgt ist, das „Drei Säulen Modell“ noch 1985 einzuführen, und angesichts der Tatsache, daß wegen des künftigen notwendigen Bedarfs der Verfügbarkeit auch unverbleiten Superbenzins als Treibstoff für Fahrzeuge, die auf ungeregelte Katalysatoren umgestellt werden, in Kürze neben den vier Treibstoffarten mit dem unverbleiten Superkraftstoff eine fünfte angeboten werden muß?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

71. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß in Europa (besonders in Italien, Spanien, Jugoslawien) jedes Jahr ca. 50 v. H. der Nester des geschützten Wanderfalken vor allem von organisierten westdeutschen Nesträubern ausgenommen, die Eier ausgebrütet und ca. 3 000 dieser Art nachgezogene Wanderfalken in der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland zum Kauf angeboten werden, und mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung der unbefriedigenden Rechtslage und dem Treiben solcher Nesträuber ein Ende bereiten?
72. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß ihr Entwurf einer Artenschutznovelle ein geeignetes Instrument darstellt, um das bei den Ländern herrschende Rechts- und Vollzugsdefizit in Sachen Greifvogelschutz wirksam abzubauen, und wie begründet sie dies?
73. Abgeordneter
Kißlinger
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen, nach denen sie die Bestrebungen einiger EG-Mitgliedstaaten ablehnt, den Ausgleich für den Abbau des Währungsausgleiches nicht als Vorsteuerpauschale, sondern als getrennte Beihilfe

- zu behandeln, um damit zu verhindern, daß auch landwirtschaftliche Produzenten Beihilfen erhalten, deren Produkte gar nicht unter den Währungsausgleich fallen, und warum wird dies von der Bundesregierung abgelehnt?
74. Abgeordneter
Kißlinger
(SPD)
- Trifft es gleichfalls zu, daß von einigen Mitgliedstaaten gefordert wurde, den Ausgleich nicht umsatz-, sondern flächenbezogen zu gewähren, und warum wird diese Forderung ebenfalls von der Bundesregierung abgelehnt?
75. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zu Äußerungen bzw. Indiskretionen aus der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, daß die Kommission für Getreide und Raps für das Wirtschaftsjahr 1985/86 Preissenkungen vorschlagen wird?
76. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung die Kommission und den Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft darauf hingewiesen, daß der Getreidepreis wegen der nicht funktionierenden Getreidemarktordnung 1984 in der gesamten Europäischen Gemeinschaft zusammengebrochen ist, und was gedenkt die Kommission der Europäischen Gemeinschaft nach Meinung der Bundesregierung zu tun, um die Funktionsfähigkeit der Getreidemarktordnung für das Wirtschaftsjahr 1985/86 sicherzustellen?
77. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, daß, wie ein Forstbotaniker aus München behauptet, Frost das Waldsterben beschleunigt, weil die Bäume auf Grund anhaltender Schadstoffbelastung zu wenig Widerstandskraft besitzen?
78. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um der Behauptung entgegenzutreten, die Regierung habe das Problem nicht im Griff und versuche nur den Eindruck zu erwecken, irgendwie werde sie den Wald schon retten?

Bonn, den 18. Januar 1985

